IMT Nuremberg Archives

H – 2701

International Court of Justice

H2701 – 0001

Reich-sregierung
Exhibit Nr.64

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 64
Filed Sept 20, 1946

Aus: Dokumente der deutschen Politik Bd.4 Reichsregierung Dok. 64

Deutschlands Aufstieg zur Grossmacht

S.92,93,94,95,96,97,98

Der Kampf um den Frieden und die deutsche Ehre.

Am 27.Februar 1936 ist Frankreich zur Ratifizierung des Paktes mit der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken geschritten. Am 21.Februar hat der Fuehrer in einer Unterredung mit Bertrand de Jouvenel, in der er erneut Frankreich die Hand zum Frieden hinstreckte, vor dem Pakt gewarnt, der alle Bemuehungen um eine deutsch-franzoesische Verstaendigung erschweren muesse. Am 7. Maerz 1936 hat dann die Reichsregierungaus der erfolgten Ratifizierung des Sowjetpaktes die Konsequenzen gezogen.In einem grossen Memorandum vom 7. Maerz 1936 hat sie denSignatarmaechten des Locarnovertrages eine neue europaeische Friedensordnung vorgeschlagen. Der Fuehrer hat in einer gewaltigen Rede vor dem Reichstag seinen Schritt vor Deutschland und der Welt begruendet.

In ihrem Memorandum teilte die Reichsregierung mit, dass sie den Locarnovertrag, den der Sowjetpakt innerlich verfaelscht habe, als erloschen ansehe. Im Interesse der primitivsten Rechte eines Volkes auf die Sicherung seiner Grenzen habe daher die Reichsregierung auch die volle und uneingeschraenkte Souveraenitaet des Reiches im Rheinland wiederhergestellt. Am gleichen Tage sind deutsche Truppen wieder in die Rheinlande eingezogen. Um aber Missdeutungen ihres Schrittes hintanzuhalten, hat die Reichsregierung mit all diesen Massnahmen ein grosses europaeisches Friedensprogramm verbunden. Sie erklaerte sich bereit, an Stelle des Locarnovertrages einen neuen Westpakt abzuschliessen, und nach der Wiederherstellung der deutschen Ehre als gleichberechtigter Partner in den Voelkerbund einzutreten; sie sprach dabei die Hoffnung aus, dass dabei dieFrage der kolonialen Gleichberechtigung Deutschlands einer Loesung zugefuehrt wuerde.

H2701 – 0003

Um dem deutschen Volk Gelegenheit zu einer feierlichen Zustimmung zu der Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveraenitaet des Reiches und der einer wahren Voelkerversoehnung zu geben, loeste am 7.Maerz durch einen Erlass der Fuehrer und Reichskanzler den Reichstag auf. Neuwahlen wurden fuer den 29. Maerz ausgeschrieben.

Am Heldengedenktag vom 8.Maerz hat Reichskriegsminister von Blomberg Sinn und Bedeutung der Tat des Fuehrers vom 7.Maerz noch einmal dargelegt: " Wir wollen keinen Angriffskrieg, aber den Verteidigungskrieg wollen wir nicht fuerchten muessen."

Der Wahlkampf fuer den 29.Maerz gab Gelegenheit, nicht nur das deutsche Volk zu einem einmuetigen Bekenntnis fuer die Befreiungstat des Fuehrers aufzurufen, sondern auch zu bekunden, dass die Tat des 7.Maerz vom Willen zum Frieden und zu einer neueuropaeischen Ordnung eingegeben war. Reichspropagandaminister Dr. Goebbels eroeffnete den Wahlkampf am 10. Maerz mit einer gross angelegten Rede im Berliner Sportpalast: Nicht Garnisonen des Krieges, sondern des Friedens seien mit dem "Einmarsch" ins Rheinland entstanden.

Die grosse internationale Krise, die manche von dem Schritt des 7.Maerz befuerchtet haben, ist nicht eingetreten; Frankreich hat sich schliesslich mit einem Protest an den Voelkerbund begnuegt.

Die deutsche Reichsregierung hat mit einer amtlichen Mitteilung noch einmal das Wort ergriffen, als im Ausland manche feindliche Stellungnahme und manches Missverstaendnis gegenueber dem deutschen Schritt sich einstellten.

Die Reichsregierung verkuendete in der Erklaerung noch einmal ihre Entschlossenheit, alles zur Befriedung Europas zu tun, aber auch keinerlei neue Diskriminierung des deutschen Volkes zu dulden, die auf die Dauer den europaeischen Frieden doch wieder illusorisch machen muesste.

H2701 - 0004

Auf die vielen Ermahnungen des Auslandes, durch eine Beschraenkung der Truppenzahl im Rheinland eine "Geste" des Friedens zu machen, antwortete die Reichsregierung mit der Versicherung, dass die Besetzung des Rheinlandes zunaechst nur in einer Form vollzogen worden sei, die alssymbolhaft zu werten sei; eine dauernde Beschraenkung der Hoheitsrechte im Rheinlande aber stehe ausser Frage.

Am 13.Maerz sprach der Fuehrer im befreiten Grenzland Baden.

"Es ist mein Wunsch, auch die grossen Gegensaetze im Voelkerleben genau so wie im Innern des Landes nach den Gesichtspunkten des Rechtes, der Billigkeit und damit der Vernunft zu loesen." Der Nationalsozialismus sei auch in der Lage, diese Politik der europaeischen Verstaendigung zu verfolgen, denn er habe es nicht noetig, den blutigen Lorbeeren des Krieges nachzujagen.

Am 15.Maerz 1936 richtete der Fuehrer den gleichen Appell an das deutsche Volk auf einer gewaltigen Kundgebung in Muenchen: "Mein Ziel ist der Friede", fuehrte er aus, "der auf der Gleichberechtigung der Voelker begruendet ist. Wir sind eine Grossmacht der Voelker und wollen als Grossmacht gewuerdigt werden." Wenn man ihn nun von allen Seiten bedraenge, eine "Geste" zu machen, so muesse er antworten, dass er mit seinen Vorschlaegen die groesste Geste gemacht habe, die je ein europaeischer Staatsmann machte und machen konnte.

Ein Appell nicht nur an das deutsche Volk, sondern an die Voelker Europas war die Rede des Fuehrers in Frankfurt a.M. am 17.Maerz 1936. Sie wollte den Voelkern Europas ein Bild des wahren Friedens zeigen, jenes Friedens, der auf das goettliche Recht der Voelker, auf Leben und Freiheit gegruendet sei.

Auf englisches Betreiben wurde am 14.Maerz 1936 telegraphisch die deutsche Regierung als eine vertragschliessende

H2701 - 0005

Partei des Locarnovertrages eingeladen, "an der Pruefung der Mitteilung der Regierungen Frankreichs und Belgiens durch den Rat teilzunehmen". Die deutsche Regierung beantwortete die Einladung am 15.Maerz 1936; sie sprach ihre grundsaetzliche Bereitschaft aus, die Einladung anzunehmen, aeusserte jedoch auch die Erwartung dass die deutsche Regierung als gleichberechtigter Partner bei der Beratung und Beschlussfassung des Rates teilnehmen wuerde und dass die deutschen Vorschlaege des 7.Maerz als eine unzertrennbare Einheit behandelt wuerden. Nach Klaerung dieser Frage wurde Botschafter von Ribbentrop als Vertreter der deutschen Regierung zur Tagung des Voelkerbundrates nach London entsandt. Grossbritannien, Frankreich und Belgien hatten sich schliesslich auf eine Resolution geeinigt, die eine Verurteilung des deutschen Schrittes vom 7.Maerz feststellte (Italien hielt sich wegen der Sanktionen fern). In der Sitzung des 19.Maerz 1936, die dadurch wohl zum Hochepunktder Ratstagung geworden ist, legte Botschafter von Ribbentrop in einer grossen Rede (Dok.13) den deutschen Standpunkt dar, plaedierte fuer Verstaendnis fuer Deutschland, fuer Einsicht in die Gefahren des neuen sowjetrussisch-franzoesischen Militaerbuendnisses, das Deutschland zu seinem Vorgehen gezwungen habe, indem es das bisherige europaeische Gleichgewicht und damit die fundamentalen politischen Interessen und rechtlichen Voraussetzungen des Locarnovertrages beseitigte. Botschafter von Ribbentrop wies die Versammlung noch einmal auf das historische und einzig dastehende Angebot zur Befriedung Europas hin, das Adolf Hitler mit dem Memorandum des 7.Maerz 1936 gemacht habe. Trotz ihres gewaltigen Eindruckes konnte die Rede das vorgefasste Ergebnis derRatstagung nicht mehr aendern. Nach der Feststellung des Ergebnisses der Abstimmung ueber die Resolution, die eine Verurteilung Deutschlands aussprach, erhob sich Botschafter von Ribbentrop zu einer Protesterklaerung (Dok.14), die in den Worten gipfelte:" Die deutsche Reichsregierung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben die heilige Ueberzeugung,

H2701 - 0006

dass die soeben angenommene Ratsentschliessung vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen wird."

Am 19. Maerz 1936 sprach Adolf Hitler in Koenigsberg. Als Herold fuer die innere Einheit Deutschlands und als Herold fuer den Frieden Europas richtete der Fuehrer nach seinen eigenen Worten den Appell an das Volk: "Deutschland hat keine Eroberungswuensche in Europa. Deutschland hat nicht die Absicht, irgend jemand in Europa etwas zuleide zu tun."

Seinen mitreissenden Hochepunkt erreichte der Wahlkampf am 28. Maerz, den das deutsche Volk in feierlicher Weise als "deutschen Volkstag fuer Ehre, Freiheit und Frieden" beging. Der Fuehrer sprach, nachdem er am Tag zuvor in Essen nach seinen Worten gegenueber den Parographen die ewige Stimme der Moral erhoben hatte, an diesem letzten Tage vor der Volksabstimmung von Koeln aus zum ganzen deutschen Volk. Er beschwor die Staatsmaenner Europas ein letztesmal, der Stimme der Vernunft und der Voelkerversoehnung das Ohr zu leihen. Die Welt muesse erkennen, dass sie es mit einem neuen Deutschland zu tun habe: "Damals vor 18 Jahren zogen die letzten Regimenter ueber die Bruecken, und heute ist ein Volk zurueckgekehrt;" dieses Volk biete aber auch ganz andere Garantien fuer die Innehaltung einer neuen Verstaendigung ueber den uereopaeischen Frieden dar: "Mehr Garantien als die Sicherheit einer Hand, die 67 Millionen umfasst, gibt es auf der ganzen Welt nirgends mehr."

Dass es dieses ganze Volk war, zeigte das Wahlergebnis vom 29.Maerz, als sich 99 Prozent des Volkes zum nationalsozialistischen Staat bekannten.

Die von niemandem mehr anzweifelbare Vollmacht benuetzte die deutsche Reichsregierung, um am 1.April 1936 durch den Botschafter v.Ribbentrop der britischen Regierung einen neuen grossen und umfassenden Friedensplan zu ueberreichen. Dieser war eine positive Antwort auf einen negativen Vorschlag, den

H2701 - 0007

die Rostlocarnomaechteam 20.Maerz der deutschen Reichsregierung ueberreicht hatten. Die diplomatischen -ktionen, die sich an den 7.Maerz anschlossen, aber die deutsche Souveraenitaet ueber die Rheinlande nicht mehr beeintraechtigen konnten, fanden nach der Ueberreichung des grossen deutschen Friedensplans vom 31. Maerz 1936 ihren Abschluss mit dem sogenannten englischen Fragebogen vom 6.Mai 1936, den die deutsche Regierung unbeantwortet liess.Die Locarnokonferenz, die er vorbereiten sollte, hat er nicht sehr gefoerdert, und vor anderen drangenden Problemen Europas ist sie staerker in den Hintergrund geraten.

Dass Deutschland unbeirrt am Friedensideal des Fuehrers festhielt, zeigte aber die Antwort, die die deutschen Frontkaempfer am 16.Mai 1936 einer Friedensbotschaft der franzoesischen Frontkaempfer vom 12.Mai 1936 gaben.

Die deutsche Reichsregierung hat wiederholt ausgesprochen, dass sie die wertvollste Friedenssicherung nicht in grossen umfassenden Paktsystemen, sondern in der Verstaendigung von Volk zu Volk sehe. Sie hat im Jahre 1934 durch den Abschluss des deutsch-polnischen Verstaendigungspaktes einen Gefahrenherd der europaeischen Politik beseitigt. Sie loeschte am 11.Juli 1936 durch das deutsch-oesterreichische Abkommen eine Quelle europaeischer Beunruhigung aus.

Die Ruestungen in der Sowjetunion wurden immer fieberhafter betrieben, und die Herabsetzung des dienstpflichtigen Alters um zwei Jahre gab dem Sowjetmilitarismus eine so aggressive Spitze, dass am 24.August der Fuehrer und Reichskanzler als Gegenmassnahme die Dauer der aktiven Dienstpflicht bei der deutschen Wehrmacht auf zwei Jahre erhoehte. Ein Kommentar der NSK. unterstrich, wie sehr die Erhoehung der Dienstzeit zu den Massnahmen gehoerte, die "das nationalsozialistische Deutschland als Waechter seines eigenen Friedens und damit als Schuetzer seiner Kultur" zur Sicherung der Freiheit

H2701 - 0008

und Unabhaengigkeit der Nation treffen musste.

Waehrend das Deutsche Reich alles tat, um die Abwehrfront gegen die zerstoerenden Gewalten zu staerken und sich selbst als einer Macht desFriedens und des Aufbaues Kraft und Staerke zu geben, hat es andererseits jede Gelegenheit benuetzt, um durch die Tat Zeugnis von seinem Friedenswillen abzulegen. Der deutsch-englische Flottenvertrag vom 18. Juni 1935 hat die Flottenrivalitaet zwischen England und Deutschland, die in der Vorkriegszeit eine der unheilvollsten Spannungen Europas gewesen ist, fuer immer beseitigt und so einen der gewichtigsten Gegensaetze Europas ausgemerzt. Er war wie das deutsch-polnische Abkommen vom Jahre 1934 einer der positivsten Beitraege Deutschlands zum europaeischen Frieden gewesen. Die englische Oeffentlichkeit hat beim Abschluss des Vertrages mit am waermsten die Zusage des Deutschen Reiches begruesst, dem Abkommen ueber den U-Boot-Krieg beizutreten, wie es in Artikel 22 des Londoner Vertrages vom 22.April 1930 enthalten ist. Am 22.November 1936 hat das Reich durch eine Note des Botschafters v.Ribbentrop an den englischen Staatssekretaer fuer auswaertige Angelegenheiten den Beitritt Deutschlands zu dem Abkommen ueber den U-Boot-Krieg vollzogen.

I hereby certify that the above is a word true citation of the original

Nürnberg, den 20. September 1946.

J E Schmidt
Lt Comdr USNR

Die wörtliche Übereinstimmung dieser Abschrift mit dem Text der beglaubigten Abschrift bestätigt.

Nürnberg, den 17. September 1946.

In Vertretung des Rechtsanwalts Dr. Kubuschok

Robert Servatius
Assistent

Reich Cabinet Exhibit No. 64

H-2701

H2701 – 0009